

Linke Politik – jetzt und in Zukunft

Sahra Wagenknecht

geboren 1969 in Jena

aufgewachsen in Thüringen und Berlin
wohnt in Berlin und Düsseldorf

Studium in Jena, Berlin und Groningen
steht kurz vor Abschluss der Dissertation
in Volkswirtschaft

Autorin mehrerer Bücher, aktuell
»Wahnsinn mit Methode.
Finanzcrash und Weltwirtschaft«,
erschienen im November 2008

www.sahra-wagenknecht.de
info@sahra-wagenknecht.de

Materialien zum Bestellen

Flyer: »Geld ist genug da! Große Vermögen
besteuern – Erbschaftssteuer anheben.«

Flyer: »Steuerflucht stoppen –
Konzerne besteuern«

Flyer: »Privatisierung verhindern!
Rekommunalisierung statt Ausverkauf!«

Flyer: »Es gibt Alternativen
zu Lohn- und Sozialdumping«

Broschüre: »Vorfahrt für Sozialdumping? Zu den
jüngsten Angriffen des Europäischen
Gerichtshofs auf das Streikrecht, die
Tarifautonomie und Tariftreue«

Fünf Jahre war ich Abgeordnete in der Delegation der LINKEN in Brüssel und Strasbourg, nun endet mein Mandat im Europäischen Parlament. Ein guter Zeitpunkt, um Bilanz zu ziehen über meine bisherigen parlamentarischen Aktivitäten. Aber es geht mir dabei nicht nur um Rückschau. Im Gegenteil! Die Schwerpunkte meiner Tätigkeit im Europaparlament werden auch in Zukunft meine politische Arbeit bestimmen. Denn was in Europa gilt, gilt genauso in Deutschland: Wir brauchen eine Neuorientierung der Politik und eine neue wirtschaftliche Ordnung! Umverteilung, Überwindung von Wirtschaftsmacht und Renditefixierung, ein gerechtes Wirtschaftssystem jenseits des Kapitalismus! Nur so wird es gelingen, Politik grundlegend zum Besseren zu verändern und eine solidarische, soziale und gerechte Gesellschaft zu schaffen – mit sicheren Arbeitsplätzen und ohne Armut, Ausgrenzung und Not. Um das zu erreichen, braucht es eine starke Linke! Für dieses Ziel setze ich mich mit aller Kraft ein – heute und in Zukunft!

Ihre *Sahra Wagenknecht*

www.sahra-wagenknecht.de



Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion · EUROPÄISCHES PARLAMENT

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

www.zensetzer.com ||| freie grafik



Sahra Wagenknecht

Konsequent links in Deutschland und Europa!

Zeit für Veränderung

■■■ Eine andere Wirtschaftspolitik

Im Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments, wo ich Koordinatorin der Linksfraktion war, habe ich jahrelang unmittelbar miterlebt, welche falsche Weichenstellungen die Europäische Union vornimmt. Im Mittelpunkt standen dort immer die Interessen des Kapitals - nicht die der Beschäftigten. Eine mächtige Wirtschaftslobby sorgte dafür, dass die Wünsche der großen Konzerne und Banken berücksichtigt wurden. Und dies nicht nur im Hintergrund - frühere Repräsentanten von Banken und Unternehmen saßen als jetzige Parlamentarier direkt mit am Tisch. Es wundert daher nicht, dass von mir eingebrachte Vorlagen wie meine Stellungnahme zur Dienstleistungsrichtlinie und mein Bericht zu einer neuen Steuerpolitik von der neoliberalen Mehrheit ins Gegenteil verkehrt und die meisten meiner Anträge abgelehnt wurden. Umso deutlicher wurde dadurch aber, wie wichtig es ist, Öffentlichkeit herzustellen. Schließlich ist viel zu wenig bekannt, was hinter den Kulissen läuft. Ich habe deshalb einen regelmäßigen Newsletter über meine Arbeit im Wirtschaftsausschuss herausgegeben, mit dem ich über die aktuellen wirtschaftspolitischen Aktivitäten der EU informiert habe - und das waren vor allem Maßnahmen zur weiteren Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung. Wie falsch diese Politik ist, sieht man zurzeit. Die Forderung, die sich daraus ergibt, ist klar: Der wirtschaftliche Kurs muss radikal verändert werden! Notwendig ist eine neue, andere Wirtschaftspolitik, die nicht auf Profite für Reiche und Konzerne setzt, sondern auf Umverteilung von oben nach unten, öffentliches Eigentum, Mitarbeiterbeteiligung und eine langfristige Sicherung von Arbeitsplätzen! Nur so gibt es einen dauerhaften Weg aus der Krise!

■■■ Öffentliche Dienste für alle sichern

Der Kampf gegen die Verschleuderung öffentlichen Eigentums und für die Rekommunalisierung von privatisierten Betrieben ist ein Schwerpunkt meiner politischen Arbeit - sowohl im Parlament als auch darüber hinaus. Für mich ist unverhandelbar: Öffentliche Dienste wie Wasser, Strom, Gas, aber auch Bildung und Gesundheitsversorgung müssen für alle Menschen unabhängig vom Einkommen gesichert sein! Die vorherrschende Politik, die von der EU vorangetrieben wird, setzt jedoch auf das Gegenteil, auch in Deutschland, wie die Veräußerung kommunaler Wasserbetriebe, der Druck in Richtung Privatisierung der Sparkassen oder der immer noch drohende Börsengang der Bahn zeigen. Dabei bewirkt die Verschönerung öffentlichen Eigentums und die Privatisierung öffentlicher Dienste fast immer steigende Preise und schlechteren Service und führt dazu, dass die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird. Das darf nicht sein! Ich setze mich deshalb nachdrücklich für die Rekommunalisierung ein. Es geht darum, öffentliche Daseinsvorsorge für alle Menschen dauerhaft zu sichern, sie demokratisch kontrollierbar zu machen und stabile Arbeitsplätze zu schaffen!

■■■ Lohn- und Sozialdumping verhindern

Mit der Lissabon-Strategie der EU, die in Deutschland mithilfe der »Agenda 2010« umgesetzt wird, haben Lohn- und Sozialdumping in Europa eine neue Qualität erreicht. In Deutschland wurde mit den Hartz-Gesetzen ein riesiger Hungerlohnsektor geschaffen. Jeder vierte Beschäftigte kann von seinem Lohn kaum leben; gleichzeitig wird der Druck auf Arbeitslose immer weiter verschärft. Gerade in Krisenzeiten besteht die große Gefahr, dass die Beschäftigten zu weiterem Lohnverzicht gedrängt und soziale Leistungen noch weiter zusammengestrichen werden. Bereits heute ist die EU maßgeblich daran beteiligt, bestehende Rechte der Beschäftigten und Gewerkschaften mit Verweis auf Unternehmerfreiheiten einzuschränken. Als Berichterstatterin des Wirtschaftsausschusses zur EU-Dienstleistungsrichtlinie habe ich wiederholt auf die Gefahr verwiesen, dass der Europäische Gerichtshof das neue Regelwerk dafür nutzen wird, um Standards abzusenken. Und genau das passiert, wie eine Reihe von Urteilen zeigen, die das Streikrecht einschränken und Tarifregelungen außer Kraft setzen. Dies zeigt: Widerstand ist dringend notwendig! Wir brauchen eine andere, soziale Politik in Europa! Es geht nicht an, dass bestehende Standards durch die Hintertür ausgehebelt werden. Es muss um gute Arbeit gehen, in Deutschland und in der ganzen EU. Der Kampf für Mindestlöhne und bindende Sozialstandards ist deshalb für mich ein zentrales Thema - umso dringlicher in Krisenzeiten!

■■■ Rassismus und Neofaschismus bekämpfen

Mich erschüttert, welchen großen Zulauf offene rassistische und faschistische Bewegungen zunehmend in ganz Europa haben. Von der antisemitischen Großrumänien-Partei über die neofaschistische bulgarische Ataka, den rassistischen Vlaams Belang in Belgien bis zum französischen Front National des Holocaust-Leugnern Le Pen reichte die Bandbreite der im Europaparlament vertretenen Parteien, die kurzfristig sogar eine eigene Fraktion bildeten. Und auch in Deutschland ist die NPD mit ihren Hetzparolen immer mehr präsent. Einher geht diese Rechtsentwicklung in Europa mit einer Verunglimpfung linker Bewegungen und einem aggressiven Antikommunismus. Es ist eine drängende Aufgabe, diesen Entwicklungen entgegenzustehen. Meine Überzeugung ist: Aus der Vergangenheit ergibt sich eine bindende Verpflichtung zum Antifaschismus und die Verantwortung, jederzeit für eine weltoffene, friedliche und tolerante Gesellschaft einzutreten.

■■■ Solidarität mit Lateinamerika

Zum Internationalismus gehört für mich die Solidarität mit jenen Ländern, die es wagen, aus der kapitalistischen Entwicklungslogik auszubrechen. Besonders eng sind meine Beziehungen zu Venezuela und Kuba. Es ist mir wichtig, langfristige Kontakte aufzubauen und zu pflegen. Aus diesem Grund habe ich das Solidaritätsprojekt Venezuela Avanza initiiert, dessen Ziel es ist, konkrete Unterstützung zu leisten und der Desinformation und Medienhetze über Venezuela entgegenzuwirken. Lateinamerika ist ein Kontinent, der mich mit großer Hoffnung erfüllt. Wer hätte vor zwanzig Jahren gedacht, dass einmal fast in ganz Lateinamerika linke Regierungen an der Macht sind und ein Indigener wie Evo Morales Präsident von Bolivien ist? Dass dies wahr geworden ist, zeigt, dass mit dem Rückhalt der Bevölkerung auch Veränderungen machbar sind, die niemand für möglich hält. In einer Zeit, in der die Krise die Welt erfasst und Umbrüche nicht mehr ausgeschlossen sind, gilt es daran anzuknüpfen: Wir sollten von Lateinamerika lernen. Ich bin sicher: Linke Veränderungen sind auch hier möglich!